

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich: durch den Verleger ins Haus gebracht
folgt das Blatt 50 Pf. mehr.
Anzeigen: eine Zeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Gerns. G. Illies. Halle a. S. J. L. Barck & Co. Hamburg: Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Hehr. Eisler. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

Aus dem preussischen Staatshaushaltsetat.

Am Etat für das Ministerium des Innern befinden sich die Einnahmen auf 11 137 575 Mark (+ 61 685), die dauernden Ausgaben auf 53 880 145 Mark (+ 825 051). Für die Polizeiverwaltung in der Stadt Berlin sind Mehreinnahmen ausgeworfen. Aus Anlaß der Uebertragung des nächstjährigen Sicherheitsdienstes auf die königliche Polizeiverwaltung sind Stellen für 5 Polizeileutnants, 5 Polizeianwärter, 25 Wachmeister und 438 Schutzmänner geschaffen. Für die Polizeiverwaltung in den Provinzen sind 229 508 Mark mehr ausgeworfen. Aus Anlaß der Uebernahme des nächstjährigen Sicherheitsdienstes sind inwischen oder werden bis zum 1. April 1895 Stellen für 3 Kommissarien, 18 Wachmeister und 204 Schutzmänner besetzt werden. Außerdem hat sich eine beträchtliche Vermehrung der Schutzmänner als nötig herausgestellt. Für geheime Ausgaben im Interesse der Polizei sind 80 000 Mark mehr eingelegt. Die Strafanstaltsverwaltung beantragt ein Mehr von 288 575,61 Mark, das hauptsächlich durch Regulierung der Ausgaben in den zur Erneuerung kommenden Kasernen entfallen ist. — Die außerordentlichen Ausgaben sind mit 2 090 852 Mark (+ 826 542) eingestellt. Zur Bestreitung der Kosten für Bearbeitung der Ergebnisse der Gebäudefeuer-Revision vom Jahre 1893 zum Zwecke der Herstellung einer neuen Grundbesitzkarte und Gebäudekataster sind als erste Rate 120 000 Mark ausgeworfen. Die Forderung wird damit begründet, daß neben der Verschuldungsstatistik für die Beauftragung der Vorarbeiten der bestehenden Agrar-gesellschaft die Statistik der Grundbesitzkarte die wichtigste ist. Aus ihr allein läßt sich erkennen, ob unter der Herrschaft der jetzigen Freiheit der Bevölkerung über Grund und Boden die Vertheilung eine gesunde geblieben ist. Die auf Grund der Ergebnisse der Gebäudefeuer-Revision vom Jahre 1878 aufgenommene Grund-eigenums- und Gebäude-Statistik habe bisher keine Fortsetzung gefunden. Namentlich viele hierzu bezug. zum Vergleich mit jenen statistischen Aufnahmen eine geeignete Grundlage durch entsprechende Bearbeitung der Gebäudefeuer-Revision vom Jahre 1893.

Der Etat der landwirtschaftlichen Ver-waltung schließt in Einnahme mit 1 935 557 Mark (+ 436 265) ab. Fast das gesamte Mehr kommt daher, daß zur Deckung der Kosten, welche durch die auf Grund von gesetzlichen und Ver-waltungsbestimmungen stattfindende thierärztliche Untersuchung des zur Einfuhr oder Durchfuhr gelangenden Viehs an der Landesgrenze entstehen, seit dem 10. April 1893 Gebühren für die Staats-kasse erhoben werden. — Die fortwährenden Aus-gaben sind auf 12 838 488 Mark (+ 331 581) festgesetzt. Es wird beantragt, eine neue General-kommission in Königsberg i. Pr. zu errichten. Ein bezüglicher Gesetzentwurf wird dem Landtage noch zugehen. Zur G. währung von Beihilfen zu den bei den Rentengutsbildungen vorkommenden Folge-Einrichtungen sind 120 000 Mark mehr eingelegt, zur G. währung von Zuschüssen für ländliche Fortbildungsschulen 36 000 Mark mehr. Für das Meliorationswesen sind die Stellen von 2 Meliorations-Bauinspektoren und 4 Wiesenbau-meistern neu vorgesehen. Schließlich sind zur Förderung des Obst- und Weinbaus 32 000 Mk. mehr ausgeworfen. — Die hauptsächlichsten Mehrausgaben zur Unterstützung der Landwirtschaft sind unter den einmaligen Ausgaben ausgeworfen. Es sind mehr eingestellt: 100 000 Mark zur För-derung der Land- und Forstwirtschaft in den öst-lichen Provinzen, 100 000 Mark zur Verstärkung des Dispositionsfonds zu wissenschaftlichen und Lehrzwecken, 70 000 Mark zu Prämien für die Pferdezucht, 90 000 Mark für die Zucht anderer Thiere, ebensoviel zur Unterstützung der landwirth-schaftlichen Vereine und zur Förderung der Land-kultur im Allgemeinen. Zum Neubau der thier-ärztlichen Hochschule in Hannover ist als erste Rate die Summe von 300 000 Mark eingestellt.

Der Etat der Geflügelverwaltung enthält eine Einnahme von 2 431 770 Mark (+ 55 550), eine dauernde Ausgabe von 4 818 780 Mark (+ 96 680) und eine einmalige von 351 930 Mk. (+ 189 530). 180 000 Mark werden als erste Rate für die Errichtung eines zweiten Landgefugs in der Provinz Westpreußen verlangt.

Der Kultusetat ist in Einnahme auf 3 121 663 Mark (+ 40 773) und in fortwähren-den Ausgaben auf 107 701 153 Mark (+ 1 857 344), festgesetzt. Für die Universitäten ist ein Mehr von 82 304 Mark ausgeworfen. Es wird die Errichtung folgender neuer Lehrstühle beantragt: zu Berlin ein Extraordinariat für die Jurisprudenz und ein eben solches für experimentelle Physik, in Greifswald ein Extra-ordinariat für neuzeitliche Zoologie und Geologie, in Breslau ein solches in der katolischen-theologischen Fakultät, in Halle drei Extraordi-nariate in der philosophischen Fakultät, in Göttingen die Umwandlung der Extraordinariats für physikalische Chemie in ein Ordinariat, in Bonn ein Extraordinariat in der juristischen Fakultät. — Für das Clementar-Unterrichtswesen ist ein Mehr von 1 330 588,15 Mark eingestellt. In der Provinz Sachsen ist die Errichtung eines neuen evangelischen Seminars zu Wittenhausen i. Th. beantragt. Ferner ist die Gründung von 13 neuen Kreis-schul-inspektoren-Stellen geplant. Der Fonds bedarf all-gemeiner Erleichterung der Volksschulen ist um 500 000 Mark vermehrt, derjenige für Dienst-alterszulagen an Volksschullehrer und Lehrerinnen um 380 000 Mark, der Pensionfonds um 200 000 Mark. Beim technischen Unterrichtswesen ist zu bemerken, daß bei den Hochschulen zu Berlin, Hannover sowie Aachen Mittel für die Elektro-chemie ausgeworfen sind. Für Hannover ist die Schaffung einer Stelle für einen Dozenten der Elektrochemie geplant. Für Kunst- und Unter-richt gemeinsam sind 273 047,20 Mark mehr aus-geworfen. Der Aufschuß zu dem Pflanz-, Wirtsch- und Gärtnereiwesen ist um 274 739 Mark vermehrt und zwar bezieht sich auf den evan-gelischen Landeskirchen der neuen Provinzen an diesen Fonds. — Die außerordentlichen Ausgaben be-laufen sich auf 512 110 Mark (+ 747 535). Von den Neuverordnungen ist erwähnenswert, daß beantragt wird, für die Sternwarte der Uni-versität Königsberg einen großen Refraktor anzu-schaffen. Für das anatomische und chemis-che Institut der Universität Breslau sind Neubauten ge-plant. Für die Beschaffung der Berliner Ge-

werbenaussstellung im Jahre 1896 durch die Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbmuseums und die Kunstschule in Berlin sind 17 600 Mark aus-geworfen. Es werden geplant die Sicherung und ordnungsmäßige Aufstellung der Sammlung von Handzeichnungen und Kunstbränden der National-galerie, die photographische Aufnahme von Werken der monumentalen Malerei und Plastik und die Herstellung eines Gesamtkataloges der in der königlichen Bibliothek zu Berlin, wie den Universitäts-Bibliotheken und einigen anderen wissenschaftlichen Bibliotheken vorhandenen Bücher-bestände. Auch ist ein Beitrag zu den Kosten der Bearbeitung eines großen lateinischen Wörter-buches (Thesaurus latinus) vorgesehen. Für die elektro-mechanischen Abteilungen an den techni-schen Hochschulen zu Berlin, Hannover und Aachen sind auch im außerordentlichen Etat Summen ausgeworfen. Für einmaligen Ver-stärkung des Patronatskanzlers sind 400 000 Mark und zur Verbesserung der sanitären Ver-hältnisse des Charité-Krankenhaus zu Berlin 60 000 Mark ein-gestellt.

Zur Wahl Faures.

Die Wahl Felix Faures zum Präsidenten der französischen Republik würde als eine äußerst glückliche Inspiration bezeichnet werden dürfen, wenn in Frankreich normale Verhältnisse herrschten. Der bisherige Marineminister besitzt Eigen-schaften, die seine Persönlichkeit als in jeder Hin-sicht sympathisch erscheinen lassen. Er gilt als Vertreter des Prinzips der Versöhnung, und an Gelegenheit, diesen Grundsatz geltend zu machen, wird es ihm nicht fehlen, denn der Riß, der durch die französische Nation geht, klappt heute breiter als je zuvor. Republikanismus und Sozial-revolutionäre haben ihren unversöhnlichen Gegen-satz untereinander und wider die bestehenden Staatseinrichtungen während des jetzigen Wahl-altes in Versailles und nach Schluß desselben in förmlicher Weise an den Tag gelegt. Einerseits den andern auslöschende, aber noch stärker als ihr Haß ist ihre Entfremdung, ob des Wahl-ergebnisses, jedoch man schon jetzt mit Gewißheit annehmen kann, daß der neue Präsident Felix Faure den politischen Kampf um die Erhaltung und die weitere Ausübung der bestehenden Staatseinrichtungen mit doppelter Front, gegen die Umsturzer der äußersten Linken wie der äußersten Rechten, wird führen müssen. Von diesen erklärten Feindschaften abgesehen, ist ja augenblicklich die Situation in Frankreich ganz hoffnungslos. Es hatte wie eine kleine Furcht auf der Belschele gelegen, daß der Sturz des Ministeriums Dupuy in Verbindung mit dem Rücktritt Cassimire-Perriers bereits den Anfang des Unbesinnlichen könnte. Die Uebertragung des höchsten Staatsamtes auf eine Persönlichkeit der mittleren politischen Verhältnisse hat deshalb für den Augenblick entschieden beruhigend gewirkt und die Genußnahme, womit die Wahl Felix Faures in Paris sowohl als in der Provinz be-grüßt worden, ist ohne Zweifel eine ehrliebe und tief empfundene. Aber nirgends vollziehen sich Stimmungsumwälzungen plötzlicher und lautenhafter als gerade in Frankreich. Der neue Präsident mag die besten Absichten haben und vom auf-richtigsten Willen befeuert sein, indes Langweile und Enttäuschungen werden ihm nicht erspart bleiben, wenn er seine politische Aktion erst eröffnen haben wird. Wie wir es an dieser Stelle gestern betonten, ist die innere Z. i. e. g. nung schon zu weit vorgeschritten, als daß sie mit Hausmitteln zu kurieren wäre. Eine Politik der Versöhnung kann Wunder thun, wenn Parteien und Verhältnisse sich versöhnen lassen wollen. Wo der Staat und die Gesellschaft aber mit Feinden zu thun haben, die ihnen den Unter-gang angedroht haben, da findet sich für eine Politik der Versöhnung kein Raum mehr, und je eher die Regierung sich auf eine gründliche Abrechnung einrichtet, um so besser für sie und das ihre Fürsorge anvertraute Gemeinwesen. Wenn daher auch anerkannt werden muß, daß das Ergebnis der französischen Präsidentenwahl für den Augen-blick gut schaff, so kann doch nicht geleugnet werden, daß die Gefahr einer Katastrophe nur ver-tagt, aber keineswegs gebannt ist.

Ueber die Persönlichkeit des neuen Präsidenten wird der „Vossischen Zeitung“ aus Paris ge-meldet:

Felix Faure ist ein schöner stattlicher Mann, um einen ganzen Kopf höher als seine beiden Vorgänger von sehr ansehnlicher Mittelgröße, mit noch blondem Schnurrbart und weitem, kurz gehaltenem Kopfschopf. Er pflegt Leibesübungen und ist guter Reiter und Sportschütze. Sein Handels-baum in Havre, das er jetzt einem Verwandten übergeben wird, bringt ihm seit geraumer Zeit jährlich im Durchschnitt 125 000 Franks Rein-gewinn. Er verbrachte als junger Mann zwei Jahre in England und beherrscht das Englische vollständig. Seine Zehnjährigkeit in einer Gerechtigkeit von Tours hat auf seine Manieren nicht abge-wirkt. Er erinnert an Haltung und Auftreten an die großen Kaiser der Hansestädte. Schon mit 23 Jahren heirathete er Franline Guinod, die des gleichnamigen Senators, mit der er seit 31 Jahren in glücklicher Ehe lebt. Er hat drei Töchter, von denen die eine dem Ingenieur und Großgrundbesitzer Verge in Havre geheirathet hat, während die andere noch bei ihren Eltern ist. Als Kaufmann und Redner, als langjähriger Vorsitzender der Handelskammer von Havre ist Faure natürlich einflußreicher, als er es durch sein Amt, was Meline sofort niederschlagen stellt. Seine Stellung zum Sozialismus er-weist aus folgender Stelle seines Wahlprogramms von 1893: „Alle ernsthaften Verbesserungen sind meiner Mitwirkung sicher; selbst grundrührende Reformen erschrecken mich nicht; aber ich suche sie und behaupte, man wird sie finden, nicht in verbrecherischen und ungesunden Begierden, in Unterdrückung und Gewalt, in hohlen und eiteln Redensarten, sondern in der Eintracht aller Wohl-gesinnten, im Studium, in der Freiheit.“

Weiter liegen folgende Nachrichten vor:
Paris, 18. Januar. Das Wahlergebnis wurde in den Wandelgängen des Versailles Schlosses eine Viertelstunde vor der amtlichen Verkündung bekannt; genauere Zahlen in dem Maße, als die Kongregationsmitglieder anlangen oder ihre Privatmittelsendungen an draußen stehende Fremde gelangen ließen. Sofort fliegte eine wahre Menschenlawine nach den Telegraphen-bureaus, die bald überfüllt waren, und deren

Beamte trotz musterhafter Organisation des Dienstes die ungeheure Arbeitsmenge nicht be-wältigen konnten. Die Menge, die mehr und mehr angeschwollen war, verhielt sich eher apathisch; einige Hochrufe erklangen, als der neue Präsident in einem von Artilleriepfarben gezogenen, von einer Dragonerschwadron umgebenen Wagen nach der Station von Versailles fuhr, wo er etwa 8 Uhr 30 Minuten im Extrazug nach Paris fuhr. Dort erwartete ihn eine Kirscherabtheilung und Munizipalgarde, die seinen Wagen nach dem Elyseepalast geleitete. Die Hochrufe wiederholten sich auch in Paris.

Nach der Ernennung des ersten Wahlganges im Versailles Schlosses hatten einige Abgeordnete den Antrag auf Unterbrechung der Sitzung gestellt. Der Sozialist Boz rief dem Vorsitzenden Chaslemaux-Lacour zu: „Der Reich (I) ist Ihnen nicht gelungen, alter Schurke!“ Trotz des Rufs erhob sich der Vorsitzende des zweiten Wahlgangs. Alle Abgeordneten, auch einige Morgenblätter, ver-anstalteten nach der Wahl Extrazüge; man kann aber nicht sagen, daß die Straßen von Paris sehr be-lebt, aber die Ruhe war vollständig. Als Mi-nisterpräsident wurde Waldeck-Rousseau und der bisherige Finanzminister Poincaré genannt.

Der neue Präsident Faure empfing heute Vormittag im Ministerium zahlreiche Offiziere und Beamte des Marine-Departements. Später versammelten sich die Minister im Elysee, um ihre Demission einzureichen.

London, 18. Januar. Die Präsidentenwahl in Frankreich besprechend, billigt der „Standard“ die Wahl Faures, welcher aber nunmehr die Kammer auflösen mußte.

E. L. Berlin, 18. Januar. Deutscher Reichstag. 18. Plenar-Sitzung vom 18. Januar, 1 Uhr.

Die Verathung des Gesetzentwurfs betreffend Veränderungen und Ergänzungen des Gerichtsver-fassungs-Gesetzes und der Strafprozeßordnung wird fortgesetzt.

Abg. Langemann (frsf. Volksp.): Die Vorlage ist nichts weniger als eine bloße Sach-verständigen-Vorlage, sie greift vielmehr außer-halb in das politische Leben ein. Bei der Ver-athung der Umsturzvorlage, m. H., hat man so oft den Vorwurf erhoben, der Linken gegenüber, daß sie die Unzufriedenheit zu erregen suche. Nun, diese Vorlage ist wahrlich der beste Beleg dafür, daß das, was ich nicht sagen Erregung der Unzufriedenheit, aber doch das wiederholte Hin-weisen auf vorhandene Unzufriedenheit doch auch sein Gutes hat. Diese Vorlage ist ja doch weiter nichts als das Produkt der Unzufriedenheit, welche in weiten Kreisen unseres Volkes mit unserer Justizpflege besteht. Die Ursache unserer Un-zufriedenheit liegt darin, daß das Rechtswesen in-unseres Volkes unsere Rechtsprechung nicht mehr versteht. Es liegt das zum Theil an der Art, wie unsere Strafkammern besetzt werden, in per-soneller Beziehung. Es sind Urtheile gefällt worden, auch vom Reichsgericht, die sich mit der öffentlichen Meinung nicht decken. Es herrscht gewissermaßen ein Marasmus criminalis, eine Verloglichkeit gegen den Angeklagten. Die Justiz spielt den Verwaltungsbehörden gegenüber die zweite Rolle. Es ist ja bekannt, wie ein Oberlandesgerichts-Präsident sich ein-bildet, er wäre Regierungs-Referendar geworden (Geheiß), so daß man ihn wegen „Größen-wahns“ einsperren wollte (Geheiß). Nach unten hin finden Sie bei vielen Gerichtspräsidenten Ueberhebung, nach oben Strebethum. Und die Richter sind nicht mehr im Stande, ihre Autorität nach oben zu wahren! Auch der Militarismus spielt da mit hinein. Ein Richter, der nicht Referendär-Offizier ist, hat nicht die nötige „Quali-fikation“. Ein Ober-Landesgerichts-Präsident wollte nur Referendär-Offiziere als Richter haben. Kein Wunder, daß da die Richter den Bedürf-nissen des Volks zu wenig an den Puls lauschen. Den Uebelständen in der Justizpflege soll nur zum Theil durch Veränderungen im Verfahren ab-gesprochen werden. Ich hätte da gewünscht, daß auch die merkwürdige Stellung des Vertheidigers eine Veränderung erführe. Wenn auch durch die freie Advokatur manche Elemente in den Anwaltstand gelangt sind, die ihn nicht würdig vertreten, so darf man doch nicht von Einigen auf die Ge-samtheit schließen. Welche Stellung nimmt der Ankläger ein und welche der Vertheidiger. Letzterer wird nicht einmal die Anklage im Vor-verfahren zugestellt. Die neue Vorlage, meine Herren, hat eine große politische Bedeu-tung, denn abgesehen von der Entschädigung unschuldig Verurtheilter — wie sehr richtig ist dieses vortreffliche Institut. Politisch bedeutet sie aber auch namentlich die gewollte Befähigung zur Besetzung der Kammern und zur Geschäfts-eintheilung durch die Landesjustizverwaltung! Zu meiner Freude hat gestern der Herr Staats-sekretär erklärt, daß er diesen Teil der Vorlage als untergeordneten Punkt betrachte. Für uns ist das kein untergeordneter Punkt. Und ohne Widerstand dagegen bedeutet nicht, wie der Herr Staatssekretär sagte, ein Mißtrauen gegen die Justizverwaltung, sondern höchstens ein Mißtrauen gegen eine künftige Justizverwaltung, die etwa von ihrer Befähigung einen nicht zu billigen Gebrauchs machen könnte. Wir müssen unser Volk vor der Gefahr bewahren, daß eine spätere Justiz-verwaltung die Gerichte nach politischen Rich-tigkeiten zusammenzusetzen könnte. Für uns würde die Vorlage eventuell an diesem Punkte scheitern. Dabei hoffe ich, daß es uns gelingt, diesen Punkt zu streichen und daß wir nicht wieder pro nihilo arbeiten. Redner bezieht sodann die Wiedereröff-nung der Beratung willkommen. Der Staat hat vor Allem die Aufgabe, das Recht zu pflegen, und bei der Erfüllung dieser Aufgabe dürfen auch finanzielle Rücksichten nicht in Betracht kommen. Man muß die Möglichkeit haben, sich gegen Urtheile erster Instanz in einer zweiten Instanz Recht suchen zu können. Der zweite Pol, um den sich das Ganze dreht, ist die Entschädigung unschuldig Verurtheilter. Auch diese ist eine unbestrittene Nothwendigkeit. Aber auch die Entschädigung unschuldig Verurtheilter mußte hinzukommen, zumal in einer Zeit, wie der jetzigen, wo so viel verfaßt wird. Die jun-gen schneidenden Richter schreiten sehr leicht dazu. Es wäre gar nicht so übel, wenn jeder künftige Richter in seiner Ausbildungszeit auch eine Zeit lang Probe sitzen müßte, um zu sehen, wie das thut. (Geheiß.) Die unschuldigen Opfer der

Justiz sollte man erst recht entschädigen, nachdem man dafür gefordert hat, daß die Opfer der Ge-richte durch Unfall- und Invaliditäts- u. Renten entschädigt werden. Ueber das Maß der Ent-schädigung unschuldig Verurtheilter darf auch nicht, wie die Vorlage es will, die Justizverwaltung be-stimmen. Prof. Binding — in der „Nat.-Ztg.“ — hat sehr Recht, wenn er sagt, der Richter habe die Entschädigung festzusetzen, und zwar derjenige, der mit dem Fall befaßt war und den Betroffenen freigesprochen hat. Ferner wollen wir auf keinen Fall eine Verschlechterung des Wieder-aufnahme-Verfahrens in Kauf nehmen, wie wir dies hier folgen. Schon jetzt genießen die Fälle des Wieder-aufnahme-Verfahrens nicht, sie müßten viel-mehr noch ausgebaut werden. Es muß das Wieder-aufnahme-Verfahren auch dann zulässig sein, wenn die That zwar unter den Strafpara-graphen fällt, auf Grund dessen die Verurtheilung ausgesprochen wurde, wenn aber gegen die Er-höhung werden kann, wenn also beispielsweise die Strafe so hoch bemessen wurde, weil der Angeklagte und Verurtheilte irrtümlicher-weise als vorbestraft angesehen wurde. Mir selbst sind in meiner Praxis in Dortmund solche Fälle begegnet. Redner geht dann auf die Mängel des Prozeßverfahrens überhaupt ein. Vor Allem müsse der Angeklagte nicht erst im Haupt-, son-derem schon im Vorverfahren davon in Kenntnis gesetzt werden, was man eigentlich von ihm erwarte. Nicht einverstanden bin ich, bemerkt Red-ner weiter, mit der Einschränkung der Zukunfts-keit der Schwurgerichte. Man will ihnen Meis-er, Nothdurft, Unbefriedigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt entziehen. Nun, das Ver-lust des Meinens ist doch ein solches that-sächlicher Natur, über welches die Geschworenen sehr gut urtheilen können. Und erst recht sollte das Ver-lust der Nothdurft den Schwurgerichten bleiben. Gerade die Männer des Volks haben doch sehr oft ein richtiges Urtheil über solche Dinge. Die Geschworenen sollt'n vor allen Dingen auch über politische Dinge aburtheilen, denn sie verstehen den Zeitgeist oft besser, als der gelehrte Richter. Statt dessen wollen Sie nun gar eine echt reaktionäre Maßregel wieder ein-führen: das Refusieren des Vorsitzenden. Wenn schon der Staatsanwalt mit seinem Refusieren in den Augen der Geschworenen eine Autorität ist, dann doch erst recht der Schwurgerichts-Vor-sitzende. Wenn dieser auch nur das „thatsächliche“ Refusieren der Geschworenen abtut, so wird er doch immer seine persönlichen Auslassungen mit hinein legen und die Geschworenen dadurch beeinflussen. Zum Mindesten müßte doch dann das thatsächliche Refusieren des Vorsitzenden protokolliert werden, so daß hinterher geprüft werden kann, ob das Refusieren irgendwo den Boden der Objektivität verlassen hat, und ob das Urtheil deswegen angefochten werden kann. Für die Kommission behalte ich mir vor, eventuell einen Antrag — betr. das Protokoll — zu stellen. Einverstanden kann ich mich erklären mit dem Nachtr., statt des Vortr. des. Dem Antrag muß ein Ende gemacht werden, daß Presdelikte an jedem Tage verfolgt werden können, was das betr. Blatt hinstellt. Wir werden in der Kommission einen entsprechenden Antrag einbringen. Wir werden überhaupt bemüht sein, die Vorlage besser zu gestalten, und wir hoffen, daß uns dieses ge-lingen wird, damit nicht die Vorlage mit dem Guten, was sie bringt, wieder begraben werde.

Justizminister Schönfeld: Die Rede des Abg. Langemann ist mir von besonderem Werth gewesen, weil sie aus reichen praktischen Erfah-rungen heraus gehalten wurde. Der Herr Vor-redner hat dabei allerdings mancherlei Vorwürfe gegen die preussische Justizverwaltung vorgebracht. Ich kann auf dieselben jetzt nicht antworten, weil ich darauf nicht vorbereitet war. Ich sehe dabei voraus, daß der Herr Abg. Alles aus bestem Willen und Wissen heraus vorbrachte. Was die einzelnen Beschwerden anlangt, so über einen Präsidenten, so kann ich nur bitten, daß solche Fälle zu meiner Kenntnis gebracht werden. So weit ich dazu beitragen kann, das Ansehen der Justiz zu heben, wird es an mir nicht fehlen. Was die Stellung der Justizbeamten anlangt, so glaube ich allerdings, daß es im Wesentlichen an den Justizbeamten selbst sein wird und von ihnen selbst abhän-gen, ihren Stand durch ihr eigenes Verhalten zu heben. Die Justizverwaltung ist gegenüber anderen Staatsverwaltungen in einer schwierigeren Lage. Sie unterliegt viel mehr der öffentlichen Kritik, weil sie direkt vor offenen Thüren spricht. Sie wird oft absprechend beurtheilt auf Grund von zuweilen den Berichten mehr oder weniger unter-richteter Zeitungs-Korrespondenten. Das bitte ich, nicht zu übersehen, sondern wohlwollend zu berücksichtigen. Auf die Vorlage selbst will ich nicht näher, nicht auf Einzelheiten eingehen, um so weniger, als ich mich nicht überall mit ihr zu identifizieren vermag. Es ist ja klar, daß bei Fragen von so verschiedener Beurtheilung nicht Jeder das zu unterschreiben vermag, was sein Amtsvorgänger vorgelegt hat. Ich habe die Vor-lage fertig gestellt vorgefunden. Indes ich stehe nicht hier als preussischer Justizminister, sondern als Mitglied des Bundesraths und habe daher den Entwurf nicht zu kritisieren. Ich wiederhole aber, daß dieselbe Ihnen nicht vorgelegt ist als etwas Unabänderliches. Die Regierung wird vielmehr auf Vorschläge stets eingehen, wenn sie geeignet sind, Besseres zu bringen. Diejenigen, welche ein Interesse an der Verfassung haben, werden daher auf ihn, die Vorlage nicht allzu sehr mit weiteren Veränderungen zu be-schweren, dadurch könnte die ganze Vorlage illusorisch werden. Auch kann ich nicht annehmen, daß eine so umfangreiche Durchberatung in der Kommission nötig werden sollte, daß die Vorlage in dieser Session nicht zu Stande kommen sollte; die Fortsetzung sind ja so gründlich nach allen Seiten öffentlich erörtert, daß eine nochmalige Er-örterung ab ovo nicht nötig sein wird. Bei der Geschäftsvertheilung hat der bisherige gezielte Zustand zu großen Unzufriedenheiten geführt, so ist es vorgekommen, daß bei einzelnen Gerichten die Geschäfte immer nur auf kurze Zeit, auf vier Wochen, die Geschäfte zugestellt erhielten. Die Oberlandesgerichts-Präsidenten konnten eine Veränderung nicht erzielen, denn ein Eingriff in die Geschäftsvertheilung steht ihnen nicht zu. Die Verweisung einzelner Verbrechen, so namentlich der Amtsverbrechen vor die Strafkammern ergab sich aus Zweckmäßigkeitsgründen, ein An-griff auf das Institut der Schwurgerichte ist damit nicht beabsichtigt. Hoffentlich kommt die Vorlage nach kurzer Beratung zu Stande.

Abg. Dr. v. Buchta (f.): Der Abg. Lang-

mann hat die Vorlage doch zu einseitig vom Standpunkte eines Rechtsanwaltes aus beurtheilt. Gegen die Verfassung spricht jedenfalls, daß die Unmittelbarkeit und Mündlichkeit des Verfahrens dabei Schaden leiden; auch ist nicht zu verkennen, daß das vorliegende Material in der zweiten Instanz viel mangelhafter sein kann als in der ersten Instanz; auch hat wegen der inzwischen verstrichenen Zeit gewöhnlich die Erinnerung der Zeugen gelitten, nicht selten scheitert die Zeugenvernehmung ganz, und der Richter muß zu den protokollierten Aussagen der ersten Instanz seine Zuflucht nehmen. Wenn der Richter erster Instanz ein gewisserhafter Mann ist, genügt das Strafverfahren auch ohne die Berufung, ja diese wäre sogar schädlich für den Angeklagten. Trotz aller dieser Gründe will die konservative Partei dem Volkswahlrecht Rechnung tragen, das nun einmal die Verfassung für nötig hält, und demgemäß sein Verhalten gegen-über der Vorlage einrichten. Die in der Vorlage enthaltene Kritik der Schwurgerichte scheint mir zu weit zu gehen, doch bin ich jedenfalls gegen den von dem Abg. Langemann angeführten An-trag, die politischen und Berufs-Vergehen den Schwurgerichten zu überweisen. Für die Ge-schäftsvertheilung dürfte die Landesjustizverwaltung nicht die richtige Stelle sein. Wir halten die Oberlandesgerichts-Präsidenten für diese Ver-theilung besser geeignet. Eine Einschränkung des Ablehnungsrechts des Angeklagten ist wünschens-worth, denn es ist vorgekommen, daß ein Ange-klagter ohne eigentlichen Grund alle Richter ablehnte, die aus Mecklenburg stammten, auch die Richter des Reichsgerichts. Wir haben unabhängi-ges Richter und freie Beweiswürdigung, größere Garantien kann man für eine gerechte Straf-rechtspflege nicht verlangen und ich kann mich nur entschließen gegen die Einrichtung sogenannter großer Schöffengerichte auszusprechen. Die Ent-schädigung unschuldig Verurtheilter ist eine allge-mein anerkannte Forderung. Dagegen kann eine Entschädigung für unschuldige Untersuchungs-haft nicht gewährt werden, denn die Polizei ist in ge-wissen Fällen zur Verhaftung verpflichtet, so daß in diesen Fällen ein Verschulden eines Richters garnicht vorliegt. Ich beantrage Vor-berathung der Vorlage durch eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Schröder (frsf. Vgg.): Die Vorlage enthält manches Unehmere, aber auch vieles Bedenkliche. Die Kommission wird deshalb die Vorlage gründlich prüfen müssen. Wird das Kontinuitäts-Verfahren ausgebaut, so ist die Zuordnung eines Official-Vertheidigers nötig. Bedenklich ist die neue Geschäftsvertheilung, will man eine Umänderung, so wird man die ganze bestehende Organisation umgestalten müssen; das Gleiche gilt von der Einschränkung der Kompetenz der Schwurgerichte, es ist verfehlt, deren Kom-petenz von Jahr zu Jahr einzuschränken. Will man das Kassen-Element beibehalten, so soll man auch den Strafkammern Kassen-Elemente be-geben. Im Uebrigen darf nicht übersehen werden, daß diese Reform nicht allein — wie der Staatssekretär gestern richtig bemerkte — dem Schutze des Angeklagten, sondern auch dem Schutze der Rechtspflege allgemein gelten soll.

Ein Verfassungsantrag wird angenommen.
Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der eben ab-gebrochenen Verathung und Dismissivitäts-Vorlage.
Schluß 5 Uhr.

Deutschland.

△ Berlin, 18. Januar. Das Staats-ministerium trat Nachmittags 2 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

Die Präsidenten beider Häuser des Landtages werden morgen Mittag 12 Uhr vom Kaiser empfangen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bestätigt, daß die Meldungen von einer baldigen Berufung des Staatsraths zutreffen, doch ist Endgültiges über die Verhandlungszugeständnisse, sowie über die Frage, ob der gesamte Staatsrath oder nur ein Theil berufen werden würde, noch nicht entschieden. Dieser Theil würde eventuell die wirtschaftliche Gruppe des Staatsraths sein, da über Mittel und Wege, wie der Landwirtschaft geholfen werden kann, beraten werden soll. Ferner stellt die „Nordd. Allg. Ztg.“ fest, daß Graf Kanitz bis jetzt noch nicht in den Staatsrath berufen worden ist und beweist schließlich an der Hand mehrerer Beispiele, daß Fürst Bismarck immer noch dem Staatsrath angehöre. Dagegen schreibt die „Vollz.“: Seit einigen Tagen streiten sich die Blätter darum, ob Fürst Bismarck noch Mitglied des Staatsraths sei, wobei denjenigen Zeitungen, welche die Frage bejahen, von den Gegnern erwidert wird, daß dann auch Staatsminister Dr. Delbrück als Mitglied des Staatsraths betrachtet werden müßte. Der Fall ist bekanntlich schon früher einmal in der Presse erörtert worden, ohne indeß eine autoritative Interpretation herbei-zuführen. So lange diese nicht erfolgt, wird man sich wohl an das Staatshandbuch halten müssen; in der dort angeführten Mitgliederliste findet sich weder Fürst Bismarck, noch der Staatsminister Dr. Delbrück.

Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt: In der Presse tauchen seit einiger Zeit stets von Neuem Gerüchte über angebliche Veränderungen im Staatsministerium auf. Dieselben entbehren jeder Begründung und müssen um so entschiedener zurückgewiesen werden, als die frivole Verbreitung solcher Vermuthungen geeignet ist, das Ansehen der Regierung zu schädigen.

Aus den geführten Verhandlungen der Subkommission des Reichstages ist die durch den Abg. Schädler veranlaßte Erörterung der Verab-reichung eines Abends zum Durchschneitens der Kassen hervorzuheben. An der Diskussion betheiligte sich Abg. Richter und der Direktor des Dekonomie-Departements von Gemmingen. Nach den Erklärungen des Letzteren berechnet das Kriegsministerium für das preussische Kontingent die Mehrkosten für eine künftige etwaige Verab-reichung eines Abends an die Soldaten auf 5-6 Millionen Mark jährlich. Dafür sollte ver-brennt werden im Winter ein warmes Abend-brod und im Sommer zum Konsumbrot Wafr über Zeit. Die erwähnte Summe ergibt, daß auf diese Weise ein Abendbrot zum Durchschnitts-preis von etwa 3½ Pfennig täglich hergestellt werden könnte. Nach den Ermittlungen der Militärverwaltung kann der Soldat aus seiner Verabreichung (22 Pfennig) sich nur für 7 Pfennig ein Abendbrot selbst beschaffen. Dasselbe Abend-brod würde in der Truppenverpflegung für 4-5

Reinlich hergestellt werden können. Auch wenn die Wohnung von 22 Pflanzn um etwa 2 Pflanzn vermindert würde, zur theilweisen Deckung der Mehrkosten des Abends in der Truppenverpflegung, würde doch eine erhebliche Besserstellung des Soldaten das Ergebnis bleiben.

Die „Berl. Kor.“ schreibt: „Durch mehrere Zeitungen und Zeitschriften ist die Nachricht verbreitet worden, das Reichs-Marineamt beschäufte, zur Ausübung der ihm obliegenden Reichsaufsicht über das Seezeichenwesen ein neues Degernat zu gründen und an dessen Spitze einen höheren Techniker zu berufen. Diese Angabe bedarf insofern einer Berichtigung, als es sich bei der beabsichtigten Veranlassung eines höheren Technikers nicht um Gründung eines neuen Degernats als Zentralstelle für die Angelegenheiten der Reichsaufsicht handelt. Ein solches Degernat ist bereits vorhanden, und zwar wurde es gleich nach Uebernahme der Reichsaufsicht über das Seezeichenwesen durch das Reichsamt des Innern von der Marineverwaltung eingerichtet und nach Bewilligung der erforderlichen Etatsmittel durch einen aktiven Seeoffizier besetzt. Bei Ausübung der Reichsaufsicht über das Seezeichenwesen, die nach feststehenden mit den Bundesstaaten vereinbarten Grundregeln gehandhabt wird, liegt aber dem Reichs-Marineamt unter Andern die Verpflichtung ob, die angelegten Anlagen und wichtigen Änderungen im Bereiche des Seezeichenwesens und Seezeichenwesens zu prüfen und im Allgemeinen Anordnungen zu geben, damit im Verlaufe der vorhandenen Mittel das Beste geschaffen wird, was nach dem neuesten Standpunkt der Seefahrtstechnik zu erreichen ist. Dies ist aber nur möglich, wenn die Marineverwaltung dauernd über einen höheren Techniker verfügt, der die erforderlichen Sonderkenntnisse im Maschinenbau, in der Elektrotechnik und Optik besitzt und sich durch eingehende Studien aller Einrichtungen auf dem Gebiete des Seezeichenwesens und Seezeichenwesens des In- und Auslandes zu einer Autorität in seinem Fach heranbildet. Das Fehlen einer solchen technischen Kraft hat sich auch bei der dem Reichs-Marineamt vorliegenden Bearbeitung des Projekts für die Neuvertheilung von Bangerog sehr fühlbar gemacht. Da nun die Stelle eines Physikers in der nautischen Abtheilung demnach frei wird, soll diese Stelle in die eines „Konstruktors für Seezeichenwesen“ mit einem von 4500 bis 6000 Mark nach dem Dienstalterssystem, aufsteigenden Gehalte umgewandelt werden.“

Aus dem Entwurf einer Gebührenordnung für Notare haben wir folgende Bestimmungen hervorgehoben:

Die Gebühren werden nach dem Werthe des Gegenstandes erhoben. Der Mindestbetrag einer Gebühr beträgt 1,50 Mark, soweit nicht in dieser Gebührenordnung ein anderes bestimmt ist. Soweit die Notare für die Geschäfte zuständig sind, über welche der zweite Abschnitt des ersten Theiles des § 81 Abs. 2 des preussischen Gerichtsverfassungsgesetzes Bestimmungen treffen, erhalten sie die Hälfte für die Thätigkeit des Richters festgesetzten Gebühren. Für Verhandlungen am Krankenlager oder in der Zeit von 8 Uhr Abends bis 8 Uhr Morgens erhält der Notar außer dem ihm sonst zu zahlenden Gebühren zusätzlich noch fünf Prozent der vollen Gebühr; treffen beide Voraussetzungen zusammen, so wird diese Zuschlaggebühr nur einmal erhoben. Wird dem Notar die Leitung einer Erbtheilung oder der Auseinandersetzung von Gütergemeinschaften oder sonstigen Gemeinschaften oder der Auseinandersetzung geschiedener Eheleute übertragen, so erhält er, vorbehaltlich der in § 18 Abs. 4 getroffenen Bestimmungen, das Zweifache des in § 56 des preussischen Gerichtsverfassungsgesetzes bestimmten Gebührensatzes. B. Wird das Verfahren nicht durchgeführt oder beschränkt sich dasselbe auf die Ermittlung und Feststellung einer Masse, so ermäßigt sich die Gebühr auf die Hälfte. Die Gebühren für die Beurkundung eines das Verfahren abschließenden Vertrages oder eines bei Gelegenheit desselben mit einem Dritten, insbesondere einem überlebenden Ehegatten geschlossenen Vertrages sowie die Gebühren für Vermögensverzeichnisse, Schätzungen und Vertheilungen werden besonders erhoben. Für den Geltungsbereich des römischen Rechts kommen folgende besondere Bestimmungen zur Anwendung: 1. Der Notar erhält a) für Kaufverträge, Schenkungen und sonstige Veräußerungsverträge, b) für Schul- und Forderungsbefreiungen, zusätzlich zu dem ihm sonst zu zahlenden Gebühren die volle Gebühr, insofern Grundstücke, welche dem Grundbuchrecht nicht unterliegen, den Gegenstand des Geschäfts bilden. 2. Für die dem Notar angetragene Vermittlung eines hypothetischen Darlehens erhält der Notar, wenn nicht eine geringere Vergütung vereinbart ist, bis zur Summe von 7500 Mark 1 Prozent der Darlehenssumme, von dem Mehrbetrage 1/2 Prozent. Steht dem Notar die Vermittlungsgeschäfte zu, so kommt die Gebühr für Verwahrung von Geld (§ 14) in Wegfall. 3. Bei der Pfandbestellung mit Grundstücken, welche dem Grundbuchrecht nicht unterliegen, erhält der Notar a) für die Anfertigung des Vorberichts und dessen Verfertigung zum Hypothekenamt fünf Prozent der vollen Gebühr; b) für die Beförderung und Prüfung des Hypothekensatzunges drei Prozent der vollen Gebühr. Die Gebühr unter b) wird nicht erhoben, wenn der Notar die Gebühr für Verwahrung von Geldern oder für die Vermittlung eines Darlehens bezieht. 4. Für die Thätigkeit des Notars im gerichtlichen Theilungsverfahren erhält der Notar eine Stundengebühr. Dieselbe beträgt für jede Stunde zwei Zehntel der vollen Gebühr,

jedoch mindestens 2 Mark und höchstens 6 Mark. Wird mit Unterbrechungen gearbeitet, so wird die auf das Geschäft verwendete Zeit zusammenzurechnen. Mit dieser Maßgabe wird eine angelegene Stunde für voll gerechnet. Die Gebühren für Vertheilungen werden besonders nach den allgemeinen Vorschriften erhoben.

Gleichzeitig mit der gerichtlichen Untersuchung der Oberfeuerwerker-Angelegenheit sind Erhebungen über die Zweckmäßigkeit der jetzigen Organisation der betreffenden Feuerwerkerschule in Hand gegangen. Hierbei hat sich die Nothwendigkeit einer gründlichen inneren Umgestaltung des Instituts herausgestellt, worüber natürlich zunächst Gutachten sowohl der Anstalt als der General-Inspektion der Fuß-Artillerie, der Oberfeuerwerkerschule unterstellt, eingeholt worden sind. Die neue Organisation legt den Nachdruck auf den militärischen Charakter der Anstalt und bezweckt eine Eintheilung aller Zöglinge in Kompanien, für die alsdann auch die Kompaniechefen verantwortlich sind. Die großen Freiheiten, werden zum Wohle der meisten Verhältnisse ausgeübt, werden auch zum Besten der Eltern, eingeschränkt werden. Es hat sich ferner auch herausgestellt, daß die Nebenbeschäftigungen, welche die Oberfeuerwerker in der Reichshauptstadt so leicht in bürgerlichen Kreisen finden, von nachtheiligem Einfluß auf ihre Berufsbildung und auf das militärische Auftreten gewesen sind. Diese Nebenbeschäftigungen werden zum Theil als recht beträchtliche monatliche Zulagen und verschaffen dem zur berufsmäßigen Ausbildung bestimmten Personal die Mittel, sich nach Art studentischer Verbindungen zusammen zu thun und wie diese aufzutreten. Die Verlegung derartiger Institute aus der Reichshauptstadt in Garnisonen, wo die Schüler besser beaufsichtigt werden können, ergibt sich, wie dies bei der ersten Ueberlegung über die Angelegenheit bereits an dieser Stelle ausgeführt wurde, als notwendig mit der gleichzeitigen Organisationsänderung des Instituts. Bei der gerichtlichen Untersuchung haben sich die Richter den aus den bisherigen Verhältnissen zum Theil erklärlichen mitberührenden Umständen nicht verschlossen, allein trotz der nachtheiligen Beurteilung blieben doch schwere Verstöße gegen die Disziplin übrig. Daraus ergaben sich die mitgetheilten Strafen. Politische Beweggründe haben, wie wir schon früher meldeten, bei den Ausweisungen nicht mitgespielt.

Posen, 18. Januar. Die Anstufungs-Kommission für Preußen und Posen ist heute hier zu einer Sitzung zusammengetreten. Zur Theilnahme sind die Ministerialdirektoren Kuegel und Jasse, der Geheim Ober-Finanzrath Hr. v. Rheinbaben, die Geheimen Ober-Regierungs-Präsidenten v. Rheinbaben aus Berlin, sowie der Ober-Präsident v. Gölzer aus Danzig hier eingetroffen.

Großbritannien und Irland. London, 18. Januar. Nach einer Meldung der „Times“ aus Peking ist General Bell am 16. d. M. hingerichtet worden. Derselben Mann wird aus Diego gemeldet: Die japanischen Truppen haben eine äußerst starke Abtheilung der Tonghats vollständig geschlagen, 300 von ihnen getödtet und die übrigen gefesselt.

London, 18. Januar. Aus Philadelphia wird dem „Times“ berichtet: Im Senat brachte Sherman eine Bill ein auf Emission dreiprozentiger Obligationen mit fünfjähriger Laufzeit.

Griechenland. Athen, 17. Januar. Vor den Gebäuden der Kammer, welche von Truppen bewacht werden, fand heute eine Protestkundgebung gegen die neuen Steuern statt. Es kam zu einem Zusammenstoß, 4 Personen wurden verhaftet.

Türkei.

Konstantinopel, 15. Januar. Die von der Pforte ertheilte Erlaubnis zur Vornahme von Wahlen für die Nationalversammlung auf der Insel Kreta wird in hiesigen politischen Kreisen verschieden ausgelegt. Die Erlaubnis ist jedenfalls ein Zeichen der seit einiger Zeit an der maßgebenden Stelle am Hofe herrschenden milden Stimmung, die durch Nachgiebigkeit und verschleierte Gunstbezeugungen die erregten Gemüther der griechischen Bevölkerung zu beruhigen trachtet. Aus diesem Grunde erfolgte die Erlaubnis zur Wahl des armenisch-griechischen Patriarchen und nun die Erlaubnis zur Vornahme der Wahlen für die kretensische Nationalversammlung, die bekanntlich seit dem letzten Aufstande nicht mehr tagte. Ob die Nationalversammlung auch wirklich nach Verlauf der gesetzten Frist von sechs Monaten eröffnet wird, ist eine andere Frage, die nicht mit Sicherheit bejaht werden kann. Nach der Ansicht eines Berichterstatters ist die türkische Bewilligung zur Vornahme der Wahlen einem Wechsel auf lange Sicht zu vergleichen, dessen Zahlung prolongirt oder am Verfalltermin gänzlich verweigert werden kann. Beide Möglichkeiten sind abhängig von der Lage, die vor dem Zahlungstermin auf der Insel herrschen wird. Gegenwärtig ist die Lage auf Kreta ziemlich ruhig. Es ist dies jedoch kein Zeichen, daß die hiesigen und umwohnenden Insulaner mit dem Regiment des neuen Generalgouverneurs Turchan Paschas zufrieden sind. Der Grund der scheinbaren Ruhe auf der Insel liegt darin, daß ein neuerlicher Aufstand keine Aussicht auf Erfolg hat, da die

Kretenser in Folge der trostlosen finanziellen Lage ihrer griechischen Brüder auf lange Zeit keinerlei Unterstützung von dort erwarten können. Es wird daher von den maßgebenden Hauptern das Schlagwort ausgegeben, werden sich vorläufig ruhig zu verhalten. Das ist der wirkliche und einzige Grund, auf dem die gegenwärtige Ruhe auf Kreta basiert ist.

Ufen.

Yokohama, 18. Januar. (Meldung des „Netherlands Bureau“.) Nach einer über Kobu vom 15. d. M. eingegangenen Meldung aus Raiping befinden sich in der dortigen Umgegend 41 feindliche Regimenter. Der Kommandeur der dritten Division berichtet, eine feindliche Abtheilung sei in südwestlicher Richtung von Dabunfai vorgerückt, 2000 Mann befänden sich mit fünf Feldgeschützen in Kifu Tokoh.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 19. Januar. Im kleinen Saale des Konzerthauses hielt gestern Abend der „Stettiner Grundbesitzer-Verein“ seine ordentliche General-Versammlung ab. Der Vorsitzende, Herr A. Collas, eröffnete zunächst den Geschäftsbericht für das verflossene Vereinsjahr, der nur neun Monate — Januar bis September — umfaßte. Während dieses Zeitraumes wurden 15 Vorstandssitzungen und 5 Vereinsversammlungen abgehalten, das Vereinsleben fand somit rege Bethätigung. Die im Laufe der Berichtperiode notwendig gewordene Erhöhung des Mitgliedsbeitrages hat, wie von mancher Seite geglaubt werden kann, nachtheilige Folgen durchaus nicht gehabt. Bei den Stadtverordnetenwahlen des verflossenen Jahres ist es dem Verein wiederum gelungen, eine Anzahl eigener Kandidaten in die städtische Vertretung hineinzubringen, wodurch die Zahl der unabhängigen Vertreter auf 22 vermehrt wurde. Eine Erweiterung wurde an den Geschäftsbericht nicht geknüpft, die Versammlung ging vielmehr gleich zum folgenden Punkt der Tagesordnung — Kasienbericht — über. Der Kassirer des Vereins, Herr Panklaff, legte den Bericht vor, aus dem sich eine Einnahme von 4349,17 Mark und eine Ausgabe von 2691,89 Mark ergibt, so daß ein Bestand von 1657,28 Mark in das neue Rechnungsjahr übernommen werden konnte. Die Versammlung nahm von dem Bericht Kenntnis und ertheilte hierauf dem Vorstande die nachgesuchte Entlastung. Bei der sodann vorgenommenen Vorstandswahl wurden die Herren: General-Agent A. Collas, Rentier Panklaff, Rentier Dr. G. G. G. Kaufmann Julius Kurz, Rentier Krüger, Malermeister Klein, Schlossermeister Verdu und Rechtsanwalt Schmidt wiedergewählt. Für Herrn Hofbesitzer Vahlf, der eine Wiederwahl abgelehnt hat, wurde Herr Administrator S. S. S. in den Vorstand berufen. — Darauf folgten geschäftliche Mittheilungen, u. a. gab Herr Berndt eine vergleichende Darstellung der bedeutendsten Wasserwerke-Systeme und ertheilte Aufschluß über die von den einzelnen Fabriken angestellten Vertheilungsbedingungen.

Dem Vize-Vorstandesmitglied im Kaiser-Regiment Königin (preussischer) Nr. 2, kommandirt zur Leib-Gendarmerie, ist die Erlaubnis zur Anlegung des ihm verliehenen Kürassiers-Regiments — jüngeren Rente — silbernen Verbleib-Medaillen ertheilt.

Führer von Malkahn, Premier-Lieutenant à la suite des Kaiser-Regiments Königin (preussischer) Nr. 2, ist als halbmilitärisch mit Pension ausgeschieden und zu den Offizieren der Landwehr-Kavallerie 2. Aufgebots übergetreten; Leutnant, Premier-Lieutenant vom Infanterie-Regiment von der Marwitz (preussischer) Nr. 61, mit Pension der Abschied bewilligt.

Das Schwurgericht verhandelte in der gestrigen Sitzung, welche erst nach 7 Uhr Abends ihr Ende erreichte, gegen den Knecht Albert Dinske aus Sommeren und ferner gegen den Arbeiter Gustav Schallert von hier, denen die That des Mordes an dem hiesigen Publikum als „Deborah“, einer Waise, welche die Räuberin selbst zu ihren besten Bekannten zählt, da sie darin Gelegenheit hat, ihr reiches Talent in vortheilhaftester Weise zu zeigen. Es ist wohl zu erwarten, daß an diesem Abend die Räuberin vor anvertrautem Hause steht.

Der gestern Abend in den Zentralhallen veranstaltete Maskenball war überaus zahlreich besucht, die für Zuschauer reservirten Plätze waren bereits vor Eröffnung des Establishments fast vollständig anvertraut und auch im Saale war eine bunt bewegte Menge,

unter welcher sich eine größere Anzahl Herren- und Damen-Masken theilweise in recht geschmackvollen und originellen Kostümen befand. Allseitige Anerkennung fand die ansprechende Dekoration der Festsäle. Aus dem Umland, daß unter den Besuchern die verschiedensten gesellschaftlichen Kreise vertreten waren, kann man schließen, daß man auch in unserer Stadt beginnt, sich für größere Karnevals-Arrangements zu interessieren.

Da Kaisers Geburtstag auf einen Sonntag fällt, findet die Vertheilung der Mannschaften der hiesigen Garnison als Vorfeier bereits am Freitag, den 25. d. Mts., statt. Es werden, wie alljährlich bei diesen militärischen Feiern, Gesangs- und theatralische Vorträge der Mannschaften, gefolgt von dramatischen Vorstellungen, veranstaltet, an welche sich Tanzschiffe anschließen. Die größeren Säle sind für diese Festlichkeiten gemiethet.

Geschäftliche Mittheilungen.

Von D. C. F. Meißner in Hannover B. werden aus beste die weltbekannten „Mytheria Accorbons“ empfohlen. Selbe sind nicht nur mehrfach verbessert, sondern auch mit einer neuen, praktischen Schule versehen, welche das Harmonisiren sehr leicht erlernbar macht. In beistehender Nummer offenbart diese Firma ein solches Instrument schon zu 6 Mark in hochfeiner gediegener Ausführung. Man erhält unter Bezugnahme auf unsere Zeitung auch Kataloge umsonst.

Aus den Provinzen.

Greifenberg, 18. Januar. Das Resultat der Verhandlungen zwischen Magistrat und den Stadtverordneten, hinsichtlich der Festsetzung der zu erhebenden Steuerzuschläge für das nächste Etatsjahr, wird von den Steuerabzählern durchaus nicht freudig begrüßt, denn es sollen zur Staats-Einkommensteuer 250 Prozent Zuschlag und zu den Realsteuern 200 Prozent Zuschlag erhoben werden. Beträge, die die Union, daß der Mittelstand soll entlastet werden, wohl festsetzen werden.

Vermischte Nachrichten.

Hannau, 18. Januar. Vier Gefangene, darunter zwei gefähliche Einbrecher, sind in geistiger Nacht aus dem Landesgerichtsgefängnis ausgebrochen und flüchtig geworden.

Wien, 18. Januar. Heute Morgen stieß bei der Station Simmering die Maschine des Orient-Expresszuges mit einer Lokomotive zusammen. Personen wurden nicht verletzt, doch sind die beiden Maschinen sehr stark beschädigt.

Greif, 18. Januar. Gestern wurden hier zwei angeblich russische Edelknechte und ein hiesiger Kaufmann Otto Hildebrand, welcher von den Extern als ein von Russland vertriebener Wechselhändler bezeichnet wurde, der gar nicht Hildebrand heißt, verhaftet.

Bern, 18. Januar. Der Verkehr der Personenzüge auf der Gotthardbahn ist wieder hergestellt. Von vielen Seiten, ganz besonders vom Tessin, werden große Verheerungen und Verkehrsstörungen durch Lawinen gemeldet. Auch Menschenleben sind ihnen mehrfach zum Opfer gefallen.

Bern, 18. Januar. In Lugano am Lago Maggiore wurde ein Mann von einer Lawine verschüttet. In Mattadum wurden unter den Trümmern eines Hauses mehrere Personen vergraben. Die schwer gefährdete Gegend verlangt dringende Hilfe.

Ausland, 18. Januar. (Telegramm des „Netherlands Bureau“.) Die Fidschi-Inseln wurden von einem furchtbaren Urdan heimgesucht, durch welchen großer Schaden zu Land und zur See angerichtet wurde. Die Schiffe haben schwer gelitten; man glaubt, daß viele Menschen umgekommen sind. Die Dampfer „Ophir“ ist mit 700 Tonnen Kopro auf einem Riff bei Tevula gescheitert. Ein unbekannter Schoner ist bei der Insel Taumui gescheitert; man befürchtet, daß alle Personen, die sich an Bord befanden, ertrunken sind.

Börsen-Berichte.

Posen, 18. Januar. Spiritus ohne Lolo 50er 48,90, da. Lolo ohne 70er 29,40. Unverändert. — Weizen: Tritic. Magdeburg, 18. Januar. Zuckerbericht. Kornzucker effl. von 92 Prozent — neue 9,0 bis 9,35, Kornzucker effl. 88 Prozent Rendement 8,75—8,95, neue 8,80—8,95. Nach-Rendement effl. 75 Prozent Rendement 6,00—6,70. Stetig. Brod-Raffinade I. — Brod-Raffinade II. — Gem. Raffinade mit 20,37 1/2 bis 21,25. Gemischte Melis I. mit 20,37 1/2. Rübzucker I. Produkt Transito f. a. v. Hamburg per Januar 8,75 C., 8,85 C., per Februar 8,85 bez. u. B., per März 8,85 C., 8,87 1/2 C., per April-Mai 8,95 bez. u. B. — Rübzucker. Wochenumsatz im Rohzucker-Geschäft 348 000 Zentner.

Köln, 18. Januar. Nachm. 1 Uhr. Getreidebericht. Weizen alter hiesiger loco 14,00, da. neuer hiesiger 12,50, fremder loco 13,00. Roggen hiesiger loco 11,50, da. fremder 10,00. Hafer alter hiesiger loco 11,00, da. neuer hiesiger 13,00, fremder 13,50. Rüböl loco 48,00, per Mai 46,40, per Oktober 46,40.

Hamburg, 18. Januar. Born. 11 Uhr. Caffee. (Bornmittagsbericht.) Good average Santos per März 75,50, per Mai 75,75, per September 75,50, per Dezember 73,75. — Reis.

Hamburg, 18. Januar. Born. 11 Uhr. Zuckermarkt. (Bornmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pSt. Rendement neue Masse frei an Bord Hamburg per Januar 8,82 1/2, per März 8,90, per Mai 9,07 1/2, per August 9,30. Rübzucker.

Wien, 18. Januar. Getreidebericht. Weizen per Frühjahr 6,74 C., 6,76 C., per Mai-Juni 6,84 C., 6,86 C. Roggen per Frühjahr 5,72 C., 5,74 C., per Mai-Juni 5,82 C., 5,84 C. Mais per Mai-Juni 6,41 C., 6,43 C. Hafer per Frühjahr 6,17 C., 6,19 C., per Mai-Juni 6,27 C., 6,29 C.

Wien, 18. Januar. Born. 11 Uhr. Probenmarkt. Weizen loco ruhig, per Frühjahr 6,62 C., 6,63 C., per Herbst 6,99 C., 7,01 C. Roggen per Frühjahr 5,53 C., 5,55 C. Hafer per Frühjahr 6,00 C., 6,01 C. Mais per Mai-Juni 6,18 C., 6,19 C. Rohraps per August-September 10,60 C., 10,65 C. Glaszucker, 18. Januar. Born. 11 Uhr 5 Minuten. Rohzucker. Mixed numbers warrants 41 Sh. 7 1/2 d. Stetig.

Bankwesen.

Berlin, 18. Januar. Wochen-Uebersicht des Reichsbank vom 15. Januar.

Activa.

- 1) Metallbestand (der Bestand an kassirbarem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund sein zu 1392 Mt. berechnete M. 1 061 834 000, Zunahme 36: 87 000.
- 2) Bestand an Reichsbanknoten M. 20 566 000, Zunahme 1 589 000.
- 3) Bestand an Noten und Bank. M. 12 665 000, Zunahme 3 082 000.
- 4) Bestand an Wechseln M. 524 791 000, Abnahme 33 505 000.
- 5) Bestand an Lombardfordern. M. 72 556 000, Abnahme 17 418 000.
- 6) Bestand an Effekten M. 4 497 000, Zunahme 51 000.
- 7) Bestand an sonst. Aktiven M. 52 129 000, Abnahme 7 515 000.

Passiva.

- 8) Das Grundkapital M. 120 000 000 unverändert.
- 9) Der Reservefonds M. 30 000 000 unverändert.
- 10) Der Betr. der umlauf. Not. M. 1 101 472 000, Abnahme 62 568 000.
- 11) In sonstigen dgl. fälligen Verbindlichkeiten 479 818 000, Zunahme 45 552 000.
- 12) In sonstigen Passiven M. 17 748 000, Abnahme 3 000.

Ganz erheblich war der Rückgang der Bankmittel in letzter Woche und er ist fast in allen Positionen noch über die starke gleichartige Bewegung im vorigen Jahre hinausgegangen. Namentlich in Wechseln und Lombards fand eine wesentliche Erleichterung der Bank, auf Girokonten ein vermehrter Zufluss statt. Ferner ist die starke Zunahme des Metallvorraths bemerkenswerth, eine Folge heimischer Rinnissen. Die steuerfreie Notenreserve liegt um 104 236 000 Mt. auf 286 998 000 Mt., während sie parallel im Vorjahre 150 184 000 Mt. betrug.

Telegraphische Depeschen.

Hannover, 18. Januar. (Privat-Telegramm.) Von einer Seite, welche in Folge ihrer amtlichen Stellung, sowie ihrer früheren sehr nahen Beziehung zum Haus des Fürsten Bismarck gut unterrichtet ist, erzählt der „Kourier“, daß es wenig wahrscheinlich sei, daß Herr Herbert Bismarck, wenn er in den Reichsdienst zurücktritt, als Staatssekretär Verwendung finde, vielmehr sei anzunehmen, daß ihm ein Vorkaufsposten werde übertragen werden, sobald eine Bilanz eintritt.

Rom, 18. Januar. General Baratelli telegraphirte, er wolle den Rath der Mangeln gefangen nehmen und bei demselben schon Rast auf den Bergen. Die Italiener haben am 15. Januar 800 Pferde, 4000 Gewehre, große Mengen Munition und viele Fahnen erbeutet. Der Ministerrath wird am 20. d. Mts. die politische Lage erörtern.

Wetterausichten.

für Sonnabend, den 19. Januar. Etwas kühler, theils heiterer, theils neblig. Wetter mit schwachen südlichen Winden ohne erhebliche Niederschläge.

Wasserstand.

Am 17. Januar. Elbe bei Ausfl. — 0,26 Meter. Elbe bei Dresden — 1,35 Meter. — Elbe bei Magdeburg + 0,85 Meter. — Elbe bei Stralsund + 1,20 Meter. — Oder bei Breslau, Oberpegel + 4,74 Meter, Unterpegel — 0,62 Meter. Oder bei Frankfurt + 0,72 Meter. Elbe bei Ratibor + 3,64 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 3,73 Meter. — Warthe bei Posen + 0,54 Meter. — Am 15. Januar. Rheine bei Uff. + 0,92 Meter.

Berlin, den 18. Januar 1895.									
Reichs-Fonds, Vaud- und Rentenbriefe.					Fremde Fonds.				
Reichs-Fond. 4 1/2% 108,150	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Argent. 5% 50,300	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100
Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Argent. 5% 50,300	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100
Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Argent. 5% 50,300	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100
Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Argent. 5% 50,300	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100
Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Argent. 5% 50,300	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100
Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Argent. 5% 50,300	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100
Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Argent. 5% 50,300	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100
Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Argent. 5% 50,300	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100
Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Argent. 5% 50,300	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100
Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Argent. 5% 50,300	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100
Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Argent. 5% 50,300	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100
Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Argent. 5% 50,300	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100
Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Argent. 5% 50,300	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100
Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Argent. 5% 50,300	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100
Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Argent. 5% 50,300	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100
Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Argent. 5% 50,300	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100
Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Argent. 5% 50,300	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100
Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Reichs-Fond. 4 1/2% 104,750	Argent. 5% 50,300	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100	Deut. Ob.-R. 4% 103,100</

